

Der Textil-Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 80.
Fernsprecher: E 7, Weichsel 4071. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag. — Telegrammadresse: Textilprosa Berlin.



Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Behms, Berlin O 34, Memeler Straße 80 (Postcheckkonto Berlin Nr. 5386), zu richten. Bezugspreis, nur durch die Post, vierteljährlich 6 Mk. Der Anzeigenpreis für die achtgespaltene Borgiszelle beträgt 2 Mk.

Nummer 28

Berlin, den 10. Juli 1931

48. Jahrgang

Umwertung aller Werte

Die Schulden müssen herabgesetzt werden

Gut. Die nordamerikanische Initiative ist nicht spurlos an den Warenmärkten vorbeigegangen. Die Metallpreise haben zwei Wochen hindurch angezogen und auf dem Kupfermarkt scheint es zu einer Hauffeserie kommen zu wollen. Die Textilrohstoffe, vor allem Baumwolle und Wolle, haben aber schon weniger reagiert und auf anderen wichtigen Warenmärkten, besonders bei den sogenannten Kolonialwaren, ist die erfolglose Belebung äußerst gering und auch nicht von großer Dauer gewesen. Das darf nicht Wunder nehmen. Wer in der Welt ist heute noch immer von der Illusion befangen, daß sich für die Rohstoffe mit nichts dir nichts noch einmal auch nur daselbe Preisniveau erzwingen läßt, das wir noch vor 1½ Jahren hatten. An die Erreichung der Kriegspreise und der Rekordpreise kurz nach dem Kriege ist gar nicht zu denken. Dafür sind die Dinge in den Rohstoffindustrien allzusehr in Fluss.

Man weiß, ob der nächste Stand der Gesteuerung, denen sich die Verkaufspreise anpassen müssen, schon erreicht ist? Weiß man, ob alle Mittel, die die Technik für eine Senkung der Gesteuerungskosten bietet, bereits ausgeschöpft sind? Man kann daran zweifeln, wie die Rohstoffindustrien ja noch so ungeläutert sind, daß man nicht weiß, ob nicht in Zukunft der englische Kupferbergbau in Nordafrika ausschlaggebend sein und an die Stelle des nordamerikanischen Kupferbergbaus treten wird; ob nicht schon in einigen Jahren Indien oder China das Land ist, das die Welt mit Baumwolle versorgt, was heute Nordamerika noch zum größten Teil tut?

Die kapitalistische Wirtschaft ist darauf angewiesen, ihre Anlagen immer wieder zu erweitern. Also immer aufs neue zu investieren. Die kapitalistische Wirtschaft ist weiter darauf angewiesen, da sie das Prinzip der Bedarfsdeckung und der Planmäßigkeit nicht kennt und da Produktion und Finanzen in ihr eine verschiedene Angelegenheit sind, das Geld für die nötigen Investitionen zu leihen. Das geht nur auf der Basis unerquicklicheren Vertrauens, daß das Geld zu treuen Händen übergehen wird und nicht verlorengeht. Dieses Vertrauen ist für die Umwertung aller Werte, durch den Orkan von den Rohstoffmärkten her, bis auf den tiefsten erschüttert. Der Kapitalist ist ein aus lauter Furcht zusammengesetzter Mann, der sich den Teufel um volkswirtschaftliche Zusammenhänge kümmert, sondern nur die eine Sorge hat, sein Geld nicht zu verlieren. Solange das Preisniveau nicht wieder stabilisiert ist, solange man keine festen Werte erreicht hat, solange das Risiko politischer Unruhen droht, solange hält der Kapitalist jeder Nationalität und jeder Couleur mit seinen Scheitern zurück.

Das ist die große Störung in der Investitionstätigkeit. Das ist die Wirtschaftskrise, naht und ohne jedes volkswirtschaftliche Ornament gezeigt. Das vor einigen Tagen erschienene Ueberblickswert der dem Reich gehörenden Reichskreditgesellschaft geht auf dieses Problem ein und empfiehlt die Anpassung mit der Begründung, daß auf die Dauer Gläubiger und Schuldner nur Vorteil davon haben können, wenn die Schulden den gesunkenen Erlösen angepaßt werden. Wichtig erscheint dem Institut die Anpassung der Preise in der Rohstoffverarbeitung und bei den Fertigwaren an die Rohstoffe. Die jetzt bestehenden Differenzen kann die Welt nicht ertragen, und solange es derartige Differen-

„Gemütliche Sachsen“

Ein ganzer Saal voll Hysteriker

Der Juni hatte bekanntlich eine Reihe sehr heißer Tage. Als dieser schöne Monat zu Ende ging, packten in sächsischen Industriestädten eifrige Fabrikanten ihre „Göffchen“ und zogen gen Chemnitz, der Stadt, in der alle möglichen Textilartikel hergestellt werden. Im Kaufmännischen Vereinshaus ließen sie sich nieder, um sich bei schäumendem Pilsner und duftenden Wiener Schnitzeln zu erfrischen. Zwischen durch plauderten sie von ihren Geschäften, die angeblich schlecht gingen, und ihre Mienen umdüsterten sich noch mehr, wenn sie an die ungerechte Steuerpolitik der Brüning-Regierung dachten. Leider hat es dieser geschäftsführende Ausschuß der Bourgeoisie, um mit Karl Marx zu reden, noch nicht so weit gebracht, das Unternehmertum, ohne das

Wo bleiben die Verbandsbeiträge?

Impulsiv: Stühlergespräch der Industriellen mit dem sozial-demokratischen

Für das 1. Quartal 1931 ergibt sich in unserer Erwerbslosenunterstützung wiederum eine Ausgabensteigerung um 38 000 Mk. auf 640 233 Mk. Auch die Ausgaben für Krankenunterstützung sind, wie alljährlich, in diesem 1. Quartal erheblich gestiegen, so daß auch hierfür 306 945 Mk. (242 499 Mk. im vorigen Quartal) verausgabt wurden.

Noch wenige tausend Mark fehlen, und die Million für diese beiden Unterstützungsarten ist im Quartal erreicht!

Die Zahl der Unterstützungsempfänger betrug 26 283, im vorigen Quartal 24 807.

Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß die Verbandsbeiträge zum großen Teil wieder als Unterstützung in die Hände der Mitglieder zurückgelangen. S. S.

zen gibt, wird es eine internationale Wirtschaftskrise geben. Nun ist die Preisangleichung seit 1½ Jahren im Gange. Sie hat sich in allen Ländern ungefähr gleichmäßig vollzogen. Wenn sich der Prozeß in Deutschland langsamer ausgewirkt hat, dann führt die Reichskreditgesellschaft das auf unsere Zollpolitik und auf unsere Kartellpreise zurück. Die deutsche Industrie hat wieder einmal den Bohnabbau für die Illusion verschleudert, die Profiquoten halten zu können. Die Preisangleichung, der Abfall der Preise in der ganzen Verarbeitung, muß sich auf den Zinsfuß auswirken. Der Zins wird billiger. Das sehen wir in der ganzen Welt. Nur Deutschland macht davon eine Ausnahme. Das beruht aber nicht auf volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern mehr auf den politischen Komplikationen in Deutschland, die die Gefahren einer übermäßigen kurzfristigen Verschuldung gerade im Monat Juni kraft in Erscheinung treten ließen. Die Angst des Kapitalisten hatte in den Sunitäten alle Dämme überflutet, drohte das zu zerstören, was seit der Stabilisierung der europäischen Währungen mühsam aufgebaut worden ist und führte zu einem neuen Sturz der Rohstoffpreise. Die Reichsbank hat binnen einem Monat 1½ Milliarden RM. an Gold und Devisen verloren. Das Ausland hat von den deutschen Banken binnen 4 Wochen ein Drittel der Guthaben abgezogen, die die ausländische Finanz den deutschen Banken binnen 5 Jahren anvertraut hatte. Darauf beruht das Zinsphänomen in Deutschland. In

Deutschland bekanntlich nicht existieren könnte, völlig vom Steuerzahlen zu dispensieren. Die Regierung könnte gar nicht patriotischer handeln, wenn sie sich endlich entschließen würde, die schwere Last der Abgaben, welche auf den schwachen Schultern unserer Kapitalisten, der großen wie der kleinen, ruht, abzunehmen und anderen, die weniger zu tragen haben, aufzubürden.

So, so, und wer könnte denn das sein? Darüber gab es nur eine Meinung in der Biertrinkenden und Schnitzelessenden Versammlung:

Die Arbeiter müssen es tragen! Jawohl, die Arbeiter; denn solange es noch so viele unter ihnen gibt, die den Arbeitseuren spielen können, kann die Not nicht so groß sein.

So und ähnlich lauteten die Argumente, die in dieser Steuerversammlung vorgebracht wurden. Dummheit und Unverständlichkeit feierten Orgien. Die Lebhaftigkeit, mit welcher die Häßseln gegen die Arbeiterschaft vorgetragen wurden, steigerte sich zuweilen bis zur Hysterie. Daran schlossen sich unverblühte Aufforderungen an die Regierung, nun endlich alle Weichherzigkeit beiseite zu lassen und die Bezahlung der Arbeitslosigkeit abzuschaffen.

Nachdem der Textilindustrielle Fritz Bogel die Tagung des Verbandes Sächsischer Industrieller eröffnet hatte, donnerte unser lieber alter Bekannter, Direktor Wittke, seine Häßrede in den Saal, aus der wir einige Proben wiedergeben:

Wenn wir aus dem fürchterlichen Zirkel heraus wollen, um unsere Betriebsstätten voll

auszunutzen, unsere Arbeiter familiär zu beschäftigen und den Bedarf unseres Volkes zu decken, so können wir einen raschen und tiefen Schnitt nicht vermeiden. Dieser Schnitt besteht nach meinem Ermessen darin,

die Bezahlung der Arbeitslosigkeit (von einer Arbeitslosenversicherung kann schon lange nicht mehr die Rede sein) befristet abzuschaffen und zugleich die Zwangswirtschaft öffentlicher und privater Natur, vor allem den Zwangslohn mit sofortiger Gesetzeskraft aufzuheben.

Wir haben es wahrhaftig satt, den jetzigen Irrsinn noch länger mitzumachen, und wir bezweifeln, daß die deutsche Arbeiterschaft sich den Mißbrauch ihrer Vernunft durch die Parteien und Organisationen, die die Schöpfer und Träger der Arbeitslosigkeitspolitik sind, noch länger gefallen lassen wird.

Weil der letzte Satz unserem lieben Wittke wahrscheinlich selbst ein wenig unsinnig vorkam, ließ er, wie zur Beruhigung, ein wenig seine nicht vorhandenen volkswirtschaftlichen Kenntnisse glänzen:

Es ist damit zu rechnen, daß die vorgeschlagenen Maßregeln zunächst ein Ueberangebot von Arbeitskräften und damit eine weitere Senkung der Löhne hervorrufen werden. Andererseits werden dann bestimmt auch die Preise fallen, und was dann auch kommen mag, Inwiefern ist sicher,

daß die Löhne immer noch weit über dem Maße der Arbeitslosenfürsorge liegen werden, der unter gegebenen Verhältnissen immer mehr Mitglieder der Wirtschaft anheimfallen.

Und schließlich wird folgendes eintreten: Auch eine Rückwanderung von Industriearbeitern aufs Land wird nicht ausbleiben, wenn die Arbeitslosigkeit in den Städten nicht mehr bezahlt wird, und es würde vielleicht notwendig sein, diese Rückwanderung zu finanzieren.

Das aber wäre wirklich die geringste Sorge, wenn der natürliche Zwang, zu arbeiten, um nicht zu verhungern, den die widernatürliche und unmoralische Politik der sozialen Erwerbslosenverbände verdrängt, die Wirtschaftsfunktion wieder regelt.

Hat man denn nicht um bestenwillen sogar den

Das Feierjahr

In der „Frankfurter Zeitung“ äußert sich Fritz Naphthali, der Leiter der Forschungsstelle für Sozialpolitik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, über das von Amerika vorgeschlagene Feierjahr, in dem keine Reparationen geleistet werden sollen. Wie dieser Zahlungsausschub auf die deutsche Innenpolitik wirken könnte, beleuchtet Naphthali mit folgenden Worten:

„Die soziale Not, die durch das Inkrafttreten der Rotverordnung vom 5. Juni außerordentlich verschärft wird, kann gerade, wenn neue Gefahren durch den Eingriff Hoovers verhütet werden, dadurch gelindert werden, daß man die Rotverordnung abändert. Es können soziale Härten beseitigt werden, ohne den finanziellen Gesamtertrag zu verringern. In den Vorschlägen der Sozialdemokratischen Partei zur Änderung der Krisensteuer, zur Einführung der Ausgleichsteuer für Mineralöle, zum Verzicht auf die vorgesehenen unsinnigen Subventionen usw. auf der einen Seite und zur Aufhebung vor allem der Abbaubestimmungen in der Arbeitslosenhilfe auf der anderen Seite, ist der praktische Weg gewiesen, auf dem, frei von finanzpolitischen Illusionen, die Möglichkeit besteht, die gefährliche soziale Unruhe, die durch dieses Verordnungsmerk hervorgerufen worden ist, zu verringern und damit auch eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Wiederbelebung zu schaffen.“

In der Tat ist die Abänderung der Rotverordnung die erste Voraussetzung, um die in Deutschland bestehende soziale Not wenigstens etwas zu mildern!

Der Fall „Nordwolle“

„Eines der traurigsten Kapitel unserer modernen Wirtschaftsgeschichte“

In der vorigen Nummer des „Textil-Arbeiter“ verbreiteten wir uns ausführlich über den Fall „Nordwolle“. Es wurde gesagt, daß das stolze Schiff, das auf einer der letzten Ausstellungen der Leipziger Messe sich noch mit den Farben Schwarz-Weiß-Rot schmückte, ruhmvoll den Blicken der Besucher darbot, heute schon auf ein Felsenriff gelaufen ist, und der Schaden, der dadurch entstanden ist, wird erst später in vollem Umfange festzustellen sein.

Die Führung dieses Wollschiffes war in den letzten Jahren nur darauf bedacht gewesen, neue Gebiete zu erobern, hatte sich dabei aber so dilettantisch benommen, daß der Krach so sicher war, wie im Kapitalismus die Krisen.

Inzwischen hat aber die Öffentlichkeit noch

andere Sachen erfahren, die sich ganz gut in das bekannte Bild einfügen lassen. So konnte das Berliner „Tempo“ berichten, daß im größten Ausmaße Wollspekulationen, offenbar für die private Rechnung der im Konzern seit Jahren dominierenden Bremer Familie Cahusen erfolgt sind. Als diese Spekulationen schief gingen, wurden sie bedenkenlos der Gesellschaft zugegeben. Da man das nicht offen machen konnte, gründete man in Holland, das auch in steuerlicher Hinsicht sehr günstig lag, eine Tochtergesellschaft, der man den schönen Namen Ultramar (wörtlich = hinter dem Meere, sinngemäß = fernes Glücksland) gab. Von hier aus wurden Spekulationsgeschäfte größten Stiles „getätigt“. Man beschränkte sich nicht nur auf Wolle als Spekulationsobjekt, sondern auch auf Aktien. In Nordwolle-Aktien, die inzwischen an der Amsterdamer Börse eingeführt waren, wurden waghalsige Geschäfte unternommen. In „Ultramar“ war aber den Spekulant das Glück auch nicht hold. Die Verluste wuchsen und mußten durch geschickte Buchungen verdeckt werden. Der Aufsichtsrat schloß den Schlaf des Gerechten — oder...? Nun jedenfalls merkte er nichts!

Als die Wollkrise im vergangenen Jahre anwuchs, entstand Kurzschnuß: die Verluste nahmen riesige Dimensionen an. Die Banken ließen sich täuseln und pumpten weit über 100 Millionen in das „gut gefeierte“ Unternehmen hinein.

Aber es nützte nichts: heute liegt das stolze Nordwollschiff auf der Sandbank.

Das „Tempo“ schließt seine Ausführungen mit der Feststellung:

„Die drei Herren Cahusen, deren Machtträume ebenso Schiffbruch gelitten haben wie ihre Spekulationen, mußten ihre Kemer niederlegen. Aber sie trösteten die Öffentlichkeit damit, daß sie sich zu weiterer Tätigkeit bereit erklärt haben. Einstweilen allerdings besteht die Aktion in Berlin, daß sie ihre privaten Vermögen, die sie mit Hilfe ihrer Spekulationen in schloßähnlichen Villen und Sondereien angelegt hatten, für die Masse zur Verfügung stellen mußten.“

So sieht kapitalistische Wirtschaftsführung aus! Die Arbeiterschaft des Nordwollkonzerns kann ein Lied davon singen. Die Antreibermethoden, die dort gang und gäbe sind, hatten den einzigen Zweck, den nötigen Profit für die Spekulationsgelüste der Leitung herauszuwirtschaften.

Auch das Beispiel der Nordwolle zeigt, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem heute ein einziger Unfug ist. Die Arbeiterschaft muß sich reflexlos zusammenschließen, damit ihm bald ein Ende gemacht werden kann!

Hugo Schönfeld-Greiz

Eine Trauerbotschaft: Kollege Hugo Schönfeld, Geschäftsführer unserer Ortsgruppe Greiz, ist heute vormittag in der Klinik in Plauen gestorben. Seit vielen Jahren hatte er ein Magenleiden, und er entschloß sich am vergangenen Dienstag zur Operation.

Hugo Schönfeld war mir ein wirklich guter Freund. Viele Jahre, als er noch als Fabrikarbeiter in Gera tätig war, war er Mitglied der Textilarbeiter-Agitationkommission, später gehörte er dem Gauvorstand an. 1913 wurde er als Geschäftsführer für die Ortsgruppe Greiz gewählt. Er brachte das nötige Rüstzeug dazu mit.

Schönfeld trat nicht gern als Redner auf. Wenn er aber Veranlassung zur Aussprache sah, konnte man damit rechnen, daß er einen Vorschlag zur Klärung, zur Entscheidung brachte.

Außer seiner beruflichen Tätigkeit hat er viel Zeit gewidmet der Sozialdemokratischen Partei, ferner der Krankenkasse — dessen Vorsitzender er seit vielen Jahren war — und kommunalen Angelegenheiten.

Wir werden feiner in Ehren gedenken!
Alban Bretschneider, Gera.

zahlungen innerhalb weniger Jahre zurückzahlt. Außerdem soll Deutschland formell seine Zahlungen an die Internationale Bank in Basel leisten, die dafür Kredite in der gleichen Höhe zu gewähren hätte. Schließlich soll Vorsorge dafür getroffen werden, daß der Young-Plan in absehbarer Zeit nicht geändert wird. Amerika hat sich scharf gegen diese Forderung gewandt, ebenso ist England der entschiedenste Gegner des französischen Verhaltens. Während Amerika die ganze Angelegenheit als eine finanzpolitische und wirtschaftliche Frage behandelt wissen will und England ihm darin zustimmt, sucht Frankreich sie auf das politische Gebiet zu ziehen. Die Verhandlungen darüber werden noch fortgesetzt; sollte es, wie zu erwarten ist, zu einer Einigung kommen, so soll der amerikanische Vorschlag sofort durchgeführt werden.

Auf eine Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichszentralrat, wann die vereinbarten Verhandlungen über die Abänderung der



—und der Geist Calenburs schwebt über dem braunen Haus

„An der Vorderfront hat er nicht geklopft, da er stets die Hinterfront bevorzugt hat!“

Notverordnung beginnen sollen, hat dieser geantwortet, daß sich die Reichsregierung bereits mit dieser Frage beschäftigt und die sofortige Prüfung der notwendigen Verbesserungen veranlaßt habe. Sobald diese Vorbereitungen beendet und die politischen Voraussetzungen dafür gegeben seien, sollen die Verhandlungen beginnen. Diese Antwort besagt zwar, daß die Regierung an der Beilegung der Härten aktiv mitarbeiten will, daß sie aber erst noch die Klärung der außenpolitischen Fragen abwartet. In welchem Umfange die Abänderungen vorgenommen werden sollen, darüber hat sie sich noch nicht geäußert. Inzwischen mehrten sich die Stimmen der Erbitterung über die in der Notverordnung enthaltenen Maßnahmen der Regierung.

Selbst in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften, aus denen der Reichstanzler Brüning und der Reichsarbeitsminister Stegerwald gekommen sind,

verlangt man, daß schleunigst die notwendigen Verbesserungen vorgenommen werden. So hat eine Versammlung der christlichen Gewerkschaften in Köln die Notverordnung als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse bezeichnet und dazu Forderungen gestellt, die mit denen der freien Gewerkschaften übereinstimmen. Wenn also die Empörung des arbeitenden Volkes über die Notverordnung nicht noch weiter steigen soll, so werden jetzt bald die erforderlichen Verbesserungen durchgeführt werden müssen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften werden die dazu erforderlichen Schritte unternehmen.

Der Berliner Polizeipräsident hat die für Mitte Juli in Berlin geplante „Spartakiade“, ein kommunistisches Sportfest, verboten. Das zu diesem Zweck eingesetzte Komitee ist aufgelöst, das Tragen von Abzeichen untersagt worden. Die Veranstaltung dazu waren einige von den Kommunisten veranstaltete Demonstrationen, bei denen es zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen ist. Dabei wurde ein Oberwachmeister, der der Sozialdemokratischen Partei und dem Reichsbanner angehört und auch in seiner gewerkschaftlichen Organisation an hervorragender Stelle stand, hinterrücks niedergeschossen. Schon einige Wochen vorher war in Berlin ein anderer sozialdemokratischer

Polizeibeamter getötet worden. Die kommunistische Parteileitung behauptet, daß diese Mordtaten von Provokateuren begangen worden seien. Dem stehen aber Zeugenaussagen gegenüber, wonach die todbringenden Schüsse aus den Reihen der Demonstranten abgegeben worden sind. Die Polizei erklärt außerdem, sie habe Material beschlagnahmt, aus dem hervorgehe, daß die kommunistische Partei ihre Anhänger zu Gewalttätigkeiten gegenüber der Polizei förmlich erziehe, indem sie ihnen bestimmte Weisungen für Zusammenstöße erteile.

An einer Reihe von Universitäten, besonders in Berlin, München, Hamburg und Kiel, haben in der letzten Zeit die hatenkreuzlerischen Studenten wiederholt Ueberfälle auf Sozialisten und Kommunisten verübt. Mißliebige Professoren wurden in ihren Vorlesungen gewaltsam gestört, jüdisch aussehende Studenten verprügelt und aus der Universität gewaltsam hinausgeworfen. Die Universitätsbehörden stehen diesem Treiben angeblich machtlos gegenüber, man kann auch sagen, daß sie gar nicht die Absicht haben, ernstlich gegen das organisierte Komdium der Hatenkreuzler vorzugehen. Das Treiben der Nationalsozialisten ist um so empörender, als der Staat ganz erhebliche Summen für die Erhaltung der Universitäten ausgibt, während bei der Erziehung der Volksschulkinder an allen Seiten gespart wird. Die sozialistische Studentenschaft hat nunmehr einen Beschluß gefaßt, wonach sie selbst die erforderlichen Maßnahmen treffen will, um dem Terror der Hatenkreuzler an den Universitäten ein Ende zu machen, wenn die Universitätsbehörden auch weiter dabei verlagen.

Die Wahlen zur spanischen Nationalversammlung haben mit einem Sieg der Sozialistischen Partei geendet. Zusammen mit den radikalen Parteien des Bürgertums wird die Linke eine große Mehrheit im Parlament haben. Bemerkenswert ist es, daß die Kommunisten in ganz Spanien nur 14 900 Stimmen erzielt haben, also ganz bedeutungslos sind.

ebenso utopischen wie kostspieligen Plan einer Arbeitsdienstpflicht ernsthaft erörtert? Nun sehe einer an! Wenn man es nicht schon an den übrigen Ausführungen — am letzten Satz kann man es sicher erkennen, daß Herr Wittke unter den Einwirkungen der Junihige zu leiden hatte. Bekanntlich ist die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, das Zentralorgan der deutschen Arbeitgeberverbände, die stärkste Propagandistin in dieser Arbeitsdienstpflicht-Idee. Dagegen haben die freien Gewerkschaften diesen Unfug aufs schärfste bekämpft und dieser „Idee“ vor kurzem erst eine empfindliche Niederlage beibringt.

An ihren Redebütten sollt ihr sie erkennen... Von derselben „Objektivität“ schimmert es auch an den übrigen Stellen der Rede des Herrn Wittke.

Ueber den Zahlungsausschub, den Amerika gewährte, äußerte er sich wie folgt:

Täuschen wir uns nicht! Ein Jahr ist rasch herum. Und was sind anderthalb Milliarden für den Schland des Nimmerlattes, der deutscher Fiskus heißt. Der Silberstreifen ist wieder da, die Fraktionen, das Parlament und die Parlamentarier, die Bürokraten wittern wieder Morgenluft und der ganze faule Zauber neudeutscher Staatsherrlichkeit erhebt in dieser Galgenfrist, wenn wir nicht aufpassen.

Erst verputzte man unser Betriebskapital für die Markt-Stabilisierung, dann für den Dawes-Plan und schließlich für die sogenannte Dflhilfe. Die Namen wechseln, aber die Steuer bleibt.

Wenn man auf diesen Quatsch überhaupt noch etwas sagen soll, dann ist es das: die Bürokraten, die die Geschäfte des deutschen Fiskus besorgen, sind, namentlich soweit es höhere Beamten sind, heute von stockbürgerlichem, kapitalistischem Bewußtsein, also vom selben Fleisch und Blut wie Herr Wittke. Die Spitze des Staates selbst besteht aus einer bürgerlichen Regierung, welche alles das ausführt, was unsere Unternehmer befehlen. Gegen wen richtet sich denn da überhaupt die Polemik des Herrn Wittke?

Unzählige Fische schluderte die Versammlung gegen den Marxismus. Unter Marxismus verstehen diese Leutchen das Streben der Arbeiterklasse nach etwas mehr Licht und Sonne, nach höheren Löhnen und größerer Freizeit, nach ausreichender Unterstützung in Fällen der Not und im Alter. Weshalb Kapitalisten paßt denn das? Keinem, denn das schmälert seinen Profit!

Zum Schluß seien noch einige Forderungen der Diskussionsredner wiedergegeben, die das „Chemnitzer Tageblatt“, auf dessen Bericht wir uns stützen, herausstellte:

Im weiteren Verlauf wurden dann folgende maritime Hauptforderungen erhoben: Abschaffung der Zwangswirtschaft, die die Privatinitiative umschließt, Abschaffung der Sonderbesteuerung.

Umformung der sozialen Gesetzgebung, bei der Arbeitsschutz kein Hausrecht mehr hätten,

ernte endlich rigorose Spargmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung, wie sie etwa beim Einzelunternehmen durchgeführt würden. Außerdem müßten die außerpolitischen Rahmenbedingungen sorgsam beachtet werden, wobei diejenigen, die kein Vaterland kennen, als Landesverräter abzuurteilen seien. (Wohlgemerter Beifall.)

Wahrscheinlich dachte man, als man das Wort Landesverräter im Munde führte, an die Deutschen Kapitalisten, große und kleine, welche unermüdet ihr Kapital ins Ausland verlagern und dann über die Kapitalisten jammern. Das Ausland bringt uns dann wieder unser eigenes Geld — jedoch nur zu einem horrenden Zinssatze. Daß diese Wirtschaftsmethoden uns dem Zusammenbruch direkt entgegenführen, werden die Leutchen vom Schlage unserer höchsten Industriellen niemals einsehen.

Mit diesen Proben aus einer Hygienerversammlung wollen wir es genug sein lassen. Weder der Arbeiterklasse, welche die Forderung der Stunde nicht erkennt und das einzige Mittel das gegen diese Volksfeinde wirksam ist, nicht bemerkt. Dieses Mittel heißt: Organisation. An einer so umfassenden internationalen Arbeiterschaft ist es noch immer der Übermut der Unternehmer vorzuziehen!

Politische Wochenschau

Der französische Widerstand. — Noch keine Verhandlungen über die Notverordnung. — Verbot der „Spartakiade“. — Sekretärskrawalle an Universitäten. — Die spanischen Wahlen.

Die Durchführung des von Amerika vorgeschlagenen Reparationsplanes ist bisher noch nicht gelungen, weil Frankreich mit Widerstand machte. Die französische Regierung, die davon von der Kammer unterstützt wird, verlangt, daß Deutschland die gebundenen Reparations-

Der Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich geht weiter

Verhandlungen vor dem Arbeitsminister und vor dem Ministerpräsidenten gescheitert

Die Verhandlungen vor dem Arbeitsminister und vor dem Ministerpräsidenten am 30. Juni sind, ebenso wie die Verhandlungen im Arbeitsministerium vom 19. Juni, gescheitert. Man muß anerkennen, daß die französische Regierung sich Mühe gibt, den Streik zu schlichten. Die Einigung scheiterte aber wiederum an der Starrköpfigkeit der Unternehmer, die erklärten, von ihrer Forderung auf Abschaffung der Anwesenheitsprämie nicht abgehen zu können. Ministerpräsident Laval hatte den Vermittlungsvorschlag gemacht, die Prämie, um die der Kampf geht, abzusprechen, zum teilweisen Ausgleich dafür aber einen Lohnzuschlag zu zahlen, der zunächst 3 Proz. des Lohnes, ab 15. September aber nur noch 1 Proz. des Lohnes betragen sollte. Dieser Vorschlag wurde von den Gewerkschaftsvertretern günstig aufgenommen; sie waren bereit, ihn den Mitgliedern zu unterbreiten. Die Unternehmer aber lehnten schroff ab, so daß die volle Verantwortung für die Fortsetzung des Kampfes auf ihren Schultern liegt.

Es ist bezeichnend, daß sie, um die Öffentlichkeit auf ihre Seite zu bekommen, über die Verhandlungen einen falschen Bericht in die Welt hinausjandten. Ein in der „Textil-Zeitung“ veröffentlichtes Telegramm der L.-U. besagt, der Einigungsversuch „scheiterte an dem Widerstand beider Gruppen, die auf ihrem Standpunkt beharrten.“ Das ist eine tendenziöse Entstellung, denn die Arbeitervertreter waren, wie gesagt, durchaus bereit, den Boden der Verständigung zu betreten. Jetzt natürlich geht der Kampf mit unverminderter Heftigkeit weiter.

Von besonderem Interesse ist es, daß die Fabrikherren einen Tag vor den Ver-

handlungen in den Ministerien wieder einmal durch Deffnen der Fabriktore die Arbeiter zur Kapitulation einladen. Doch sie hatten sich verrechnet. Vergeblich schickten die Schornsteine schwarzen Rauch gen Himmel; die Arbeiter machten von der freundlichen Einladung keinen Gebrauch. Die nach der nahen belgischen Grenze geschickten Autocars kehrten leer wieder zurück, denn auch die belgischen Textilarbeiter lehnten dankend ab, sich bedingungslos dem Machtwort der Unternehmer zu fügen. So scheiterte der Versuch, wie schon einmal, in kläglicher Weise, obgleich die Unternehmer die Arbeiter vorher mit in die Wohnung geschickten Briefen bearbeitet hatten.

Mehr als 120 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen stehen nunmehr fast acht Wochen im Kampf. Sie folgen voll Vertrauen der Leitung des Textilarbeiter-Verbandes und des Gewerkschaftsbundes. Wie immer bei solchen Anlässen, versuchen die Kommunisten störend einzugreifen, doch ihre mageren Demonstrationen werden von der großen Masse der Streikenden weder aufgefaßt noch beachtet. Die kämpfenden Textilarbeiter haben die Sympathie der Arbeiterschaft ganz Frankreichs und des Auslandes auf ihrer Seite. Täglich veröffentlicht die Gewerkschaftszeitung „Le Peuple“ eine lange Liste, worin für Zuwendungen für die Streikenden quittiert wird. Um ihre Unterstützung nachhaltiger zu gestalten und für eine längere Dauer zu sichern, hat der französische Gewerkschaftsbund für ganz Frankreich eine Solidaritätswoche ausgeschrieben, die mit dem 4. Juli beginnen soll. Die Arbeiter werden es also noch lange aushalten können. Unsere besten Wünsche sind mit ihnen.

E. Neemann.

Sprechende Zahlen Aus dem Jahrbuch 1930 unseres Verbandes

Im neuesten Jahrbuch finden wir eine berechtigte Darstellung der Arbeit, welche unser Verband trotz der Krise vergangener Jahre leistete. Der Vorstoß der Arbeitgeber auf Abänderung der geltenden Lohn- und Tarifbestimmungen setzte im Laufe des Jahres 1930, nachdem sie schon den sogenannten falschen Lohnabbau — die Kürzung der über-tariflichen Löhne — durchgeführt hatten, verstärkt ein.

In einer Eingabe an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung wurde die Notlage der Textilarbeiterschaft in aller Deutlichkeit aufgezeigt und dargelegt, daß eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Textilarbeiterschaft zu den schlimmsten Auswirkungen führen müsse. Treffend wurde in dieser Denkschrift dargestellt, daß die in den letzten Jahren in der Textilindustrie erzielten Mehrleistungen auf dem Gebiete der Produktion ohne wirksame Gegenleistung (Lohn) geblieben ist. Zur eingehenden Klärung der Sachlage wurde die Forderung nach einer amtlichen Lohn-erhebung gestellt, die aber bis heute von der Reichsregierung noch nicht verwirklicht worden ist.

Eine Aktion unseres Verbandes zur Verkürzung der Arbeitszeit schloß sich der Aktion gegen den Lohnabbau an. Die mit dem Reichsarbeitsministerium darüber aufgenommenen Verhandlungen verliefen jedoch erfolglos. Scheinbar ermutigt durch das Verhalten der Reichsregierung der Arbeiterschaft gegenüber, setzte Ende des Jahres 1930 eine Massenkundigung von Tarifen ein, deren Neuabschlüsse Verhandlungen bis weit ins Jahr 1931 hinein erforderten. Insgesamt 106 Lohn-, Arbeitszeit- und Manteltarifbewegungen wurden vom Verband im Jahre 1930 geführt, an denen etwa 315 000 Arbeitnehmer beteiligt waren. 36 Streiks und Aussperrungen waren damit verbunden. Beteiligt waren 45 Betriebe mit ungefähr 14 155 Arbeitern. Rund 2 770 000 Arbeitstage gingen dabei verloren.

Lohnerhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Urlaubs- und der sonstigen Arbeitsbedingungen waren der Erfolg dieser Bewegungen.

Die Zahl der vom Verband insgesamt abgeschlossenen, am Jahreschluß in Kraft be-

findlichen Tarifverträge gestalteten sich wie folgt:

Manteltarifverträge: 139 für 9226 Betriebe mit 674 913 Beschäftigten,
Sahntarifverträge: 264 für 9182 Betriebe mit 648 813 Beschäftigten.

Die Anzahl der Fälle, wo den Mitgliedern des Verbandes auf dem Klagewege zu ihrem Recht verholfen werden mußte, war auch im Berichtsjahr wieder sehr hoch. Der Bericht der Rechtsabteilung unseres Verbandes besagt folgendes:

Insgesamt wurden 1685 Klagen geführt, von denen 686 mit vollem Erfolg und 657 durch Vergleich beigelegt werden konnten. 5944 Verbandmitglieder waren unmittelbar an der Prozessführung beteiligt, für die eine Gesamtsumme von 123 876,39 Mk. eingeklagt oder sonstige Vorteile, wie Wiedereinstellung, Weiterbeschäftigung usw. durch Urteil erzielt werden konnten.

Auf die Schulung der Betriebsräte, Arbeitsgerichtsbeisitzer und Prozessvertreter wurde besonders Wert gelegt. In allen Gagebetrieben des Verbandes fanden im Laufe des Jahres gutbesuchte Kurse statt.

Das Arbeiterinnensekretariat des Verbandes mußte im Berichtsjahr sein Augenmerk u. a. vornehmlich den von bestimmter Seite geführten Bestrebungen auf Herausdrängung der verheirateten Frau aus dem Betriebe schenken. Der Verband ist in diesem Kampf bei seiner althergebrachten Meinung verblieben, die dahin geht, daß durch eine derartige Maßnahme eine Vinderung der Erwerbslosennote nicht erzielt werden kann. Es hat weiterhin auch an der für unsere Organisation so notwendigen Zentralisierung der Arbeiterinnenbewegung mit Erfolg gearbeitet und vor allem mit der Herausgabe der Broschüre „Mein Arbeitstag — Mein Wochenende“, die in weitesten Kreisen Beachtung gefunden hat, den Textilarbeiterinnen und auch unserer Arbeiterinnenbewegung viel gedient.

Der Jugendbewegung unseres Verbandes wurde vor allem durch den im Juni

1930 in Stuttgart abgehaltenen Reichsjugendtag, an dem über 2000 jugendliche Textilarbeiter aus allen Teilen des Reiches teilnahmen, neuer Impuls verliehen.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik wurde vor allem der Gestaltung der Arbeitslosenversicherung größte Aufmerksamkeit gewidmet und hierbei u. a. auch mehrere grundsätzliche Fragen zur höchst richterlichen Entscheidung gestellt, von denen bis Jahreschluß eine zugunsten der Arbeiterschaft geklärt werden konnte. Da die Klagen über Unterschlagung von Beiträgen für die Sozialversicherung durch Unternehmer sich stark vermehrt, hat der Verbandsvorstand das einschlägige Material den zuständigen Aufsichtsorganen zugeleitet sowie auch dem ADGB unterbreitet, der vom RMW Maßnahmen gegen diese Uebervorteilung der Versicherten verlangt hat.

Das Jahr 1930 erforderte aber nicht allein auf diesen und den sonst noch vom Verband zu bearbeitenden Gebieten höchste Kraftanstrengung, sondern es stellte die Organisation vor allen Dingen auch in finanzieller Hinsicht auf eine harte Belastungsprobe. Singen durch die überaus hohen Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen, die wir im Verband zu verzeichnen hatten, die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr wesentlich zurück, so standen andererseits dem vermehrte Ausgaben, vornehmlich auf dem Gebiete des Unterstützungswezens, gegenüber. Es wurden im Jahre 1930 — von der Haupt- und den Vorkassen — an unsere Mitglieder gezahlt:

Arbeitslosenunterstützung rund	1 693 000 Mk.
Arbeitslosenunterstützung rund	1 940 000 „
Streik- und Genossenschaftsunterstützung rund	310 000 „
Sterbeunterstützung rund	63 000 „
Rechtschutzunterstützung rund	37 000 „
Umzugs- u. Hofunterstützung rd.	100 000 „

Das sind rund 3 552 000 Mk. statutarisch festgelegte Unterstützungen, wozu sich noch eine vom Verbandsvorstand beschlossene Weihnachtsonderunterstützung für ausgesteuerte Arbeitslose in Höhe von rund 373 000 Mk. gesellt, so daß also insgesamt etwa 3 925 000 Mark der Einnahmen des Jahres 1930 in Form von Unterstützungen an die Mitglieder zurückgezahlt wurden.

Die Jahresbilanz 1930 unseres Verbandes, die in ihren Einzelheiten im Jahrbuch nachgelesen werden kann, stellt für unsere Organisation das beste Werbematerial dar. Alle unsere Kolleginnen und Kollegen müssen es sich deshalb zur Aufgabe machen, den Organisationsgedanken weiterzutragen! M. B.

Weg der Entwicklung Wochenarbeitszeit von 30 Stunden wäre ausreichend

Die Menschheit im allgemeinen wird sich noch immer nicht darüber klar sein, welche wirtschaftlichen, geistigen und gesellschaftlichen Umwälzungen das bis zur höchsten Blüte entwickelte Maschinenzeitalter bringen wird. Am einschneidendsten wird die Auswirkung auf die Arbeitszeit sein. Im Laufe der Jahrzehnte konnte die Arbeitszeit von 16 auf 12, weiter auf 10 und schließlich auf 8 Stunden herabgesetzt werden. Die deutsche Gutachterkommission hält eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden für möglich. Der Internationale Gewerkschaftsbund ist ebenfalls für die 40-Stunden-Woche. Die „Frankf. Ztg.“ bringt einen Vortrag des englischen Professors Thomas Oliver zum Abdruck über das Thema „Unser Maschinenzeitalter und seine Auswirkungen“.

Auch Sir Thomas Oliver rechnet damit, daß die meisten unserer gut eingerichteten Betriebe in der Lage sind, in 30 Stunden wöchentlich Arbeit ihr Arbeitspensum zu erledigen. Der Arbeiter hätte dann einen großen Teil des Tages frei. Oliver befürchtet, daß diese große Freizeit, auch selbst wenn sie durch Sport, Erholung und Lektüre ausgefüllt würde, keinen moralischen Nutzen für die Arbeiter bedeuten. Wir wollen uns darüber noch keine Gedanken machen, sondern sind davon überzeugt, daß es für die Arbeiterschaft einen großen Gewinn bedeutet, mehr Zeit für sich und ihre Familie zur Verfügung zu haben. Die Freizeit kann sogar sehr nützlich und wohlthuend ausgenutzt werden.

STREIFZUGE DURCH DIE SOZIALVERSICHERUNG

Die Rückerstattung der Krisenunterstützung

Der Inhalt der neuen Notverordnung vom 5. Juni 1931 ist in großen Zügen bereits in der Tagespresse besprochen. Es ist jedoch unbedingt im Interesse der Versicherten notwendig, auch auf die Einzelheiten einzugehen. So hat die Notverordnung bestimmt, daß die Krisenunterstützung zurückzuerstatten ist. Es ist dies wohl eine der wichtigsten Neuerungen überhaupt.

Die rechtliche Grundlage der Krisenunterstützung überhaupt gibt der § 101 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Es heißt da: „In Zeiten andauernd besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage hat der Reichsarbeitsminister nach Anhörung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung als Krisenunterstützung abweichend von den Vorschriften des Gesetzes zuzulassen.“ Neben dieser grundlegenden Bestimmung enthält das Gesetz dann noch weitere Einzelheiten über diese Art der Versicherungsleistung. Weiter sind noch Bestimmungen über die Krisenunterstützung erlassen. In der eingangs erwähnten Notverordnung heißt es nun über diese Krisenunterstützung: „Empfänger von Krisenunterstützung sind verpflichtet, die Beträge, die für sie aus der Krisenfürsorge als Hauptunterstützung aufgewendet worden, zu erstatten, sobald und soweit sie hinreichendes Vermögen oder Einkommen haben und ihr Fortkommen durch die Erstattung der Unterstützung nicht unbillig erschwert wird.“ Hier steht es klipp und klar, daß der Arbeitslose die Krisenunterstützung nur erhalten bekommt. Es ist dies dann keine Versicherung mehr — eine Versicherung, bei der man die Leistungen, die man für die gezahlten Beiträge erhält, zurück-erhalten muß, ist ein Übel —, sondern schon mehr eine Armenfürsorge. Es werden gerade die Vermögenden der Armen, nämlich die am längsten Arbeitslosen, hiervon betroffen. Die Krisenunterstützung hat damit den Charakter einer Versicherungsleistung verloren und den einer Armenunterstützung erhalten. Wir kennen bereits in der „Deffentlichen Fürsorge“ eine Rückerstattung. Eine hier zu gemähernde Unterstützung kann von der Bereitwilligkeit des Bedürftigen zur Rückerstattung abhängig gemacht werden. Bei vorliegender Bedürftigkeit darf die vorläufige Unterstützungsgewährung nie von dieser Voraussetzung abhängig gemacht werden. (Die Notverordnung hat jedoch auch hier einschneidende Änderungen gebracht.) Bei der Krisenunterstützung ist neuerdings der Unterstützte grundsätzlich zur Rückzahlung kraft Gesetzes verpflichtet. Der Wortlaut des Gesetzes „Empfänger der Krisenunterstützung sind verpflichtet . . .“, läßt gar keine Zweifel und Meinungsverschiedenheiten aufkommen.

Die Rückerstattung muß dann stattfinden, wenn der Versicherte wieder zu Vermögen gelangt oder wieder Einkommen hat. Gewiß heißt es, daß die Erstattung nur dann verlangt werden kann, wenn dadurch das Fortkommen des Versicherten nicht unbillig erschwert wird. Dieser Zusatz ist so dehnbar, daß er keinen Schutz für die Versicherten darstellt. Die Auslegung dieser Worte öffnet der Willkür Tor und Tür. Erläuternd heißt es in der Verordnung noch weiter: „Grundsätzlich darf die Erstattung erst dann verlangt werden, wenn der Unterstützungsempfänger nach dem Ausscheiden aus der Krisenfürsorge oder der öffentlichen Fürsorge seit mindestens drei Monaten nicht nur vorübergehend wieder in Arbeit steht. In einem früheren Zeitpunkt darf die Erstattung nur verlangt werden, wenn dies ohne besondere Härte möglich ist. Sicherstellung kann nicht verlangt werden. Der Erstattungsanspruch kann nicht gegen die Erben geltend gemacht werden.“ Der Reichsarbeitsminister hat durch die Notverordnung Vollmacht erhalten, nähere Bestimmungen über die Durchführung des Erstattungsanspruches und die Verwendung der zurückfließenden Beträge zu erlassen, desgleichen hat der Minister das Recht, in die Ausführungsbestimmungen Vorschriften aufzunehmen, nach denen von einem bestimmten Zeitpunkt ab und unter bestimmten Voraussetzungen die Rückerstattung nur noch teilweise oder überhaupt nicht mehr verlangt werden kann.

Die Durchführung des Erstattungsanspruches kann den Gemeinden übertragen werden. Weiter können die zurückfließenden Summen ganz oder teilweise den Gemeinden zur Deckung ihres Umlandes in der Krisenfürsorge oder den Ländern zur Unterstützung der durch die Fürsorge für Wohnfahrtsverwerbslose besonders betroffenen Gemeinden und Gemeindeverbänden überwiesen werden.

Soweit lauten bis jetzt die gesetzlichen Vorschriften über die Rückerstattung der Krisenunterstützung. Es muß nun weiter abgewartet werden, welchen Inhalt die kommenden Durchführungsbestimmungen haben. Etwas Ersprießliches wird jedoch auch hier nicht herauspringen. M.—

Unser Brot, es reift auf goldenen Feldern,
Unsre Freude blüht in grünen Wäldern,
Unsre Freiheit singt in Spiel und Scherz.
Arm sind alle Lestgeborenen.
Aermter die in Kleinmut ganz Verlorenen,
Doch am ärmsten ist ein totes Herz.

Ernst Proczano

Geschäftslage in der Textilindustrie

Die Weltkrise klingt aus

Die Weltkrise geht ihrem Ende entgegen, denn obgleich der internationale Güteraustausch noch weiterhin scharf zurückgegangen ist, stieg die Produktion in den einzelnen Ländern — auch in den Vereinigten Staaten — mehr als saisonüblich. Das ist sinngemäß das jüngste Urteil des deutschen Instituts für Konjunkturforschung über die Wirtschaftslage.

Aller Voraussicht nach wird eine Besserung der Lage der Weltwirtschaft jedoch nur ziemlich langsam vor sich gehen. Die Verhältnisse auf dem internationalen Geld- und Kapitalmarkt sind noch sehr verworren; wir erinnern nur an den ungeheuren Unterschied der Diskontsätze in Amerika (11,2 Proz.) und Deutschland (seit dem 13. Juni 7 Proz.). Zudem bietet die Tatsache, daß wichtige industrielle Rohstoffe reichlich vorhanden und in den letzten Monaten erneut im Preise gefallen sind, keinen besonderen Anreiz zu einer Produktionserhöhung. Auch Baumwolle, Wolle und Seide, diese wichtigsten Textilrohstoffe, sind nach vorübergehender Befestigung im Januar/Februar d. J. wieder billiger geworden; der Preisrückgang ist zwar bei Baumwolle und Seide vor einigen Wochen wieder zum Stehen gekommen, bei Wolle hat er aber bis in die letzten Tage angehalten.

Der deutsche Arbeitsmarkt

Die Besserung der Arbeitsmarktlage in Deutschland ging bisher über das saisonübliche Maß hinaus. Die Zahl der Arbeitssuchenden ist seit Februar (5,1 Mill. als höchster Stand) auf 4,3 Mill. Mitte Mai gefallen. So erfreulich eine Abnahme der Arbeitslosenziffern um rund 800 000 ist, darf doch nicht vergessen werden, daß in der gleichen Zeit des Vorjahres die Ziffer auf der wesentlich niedrigeren Höhe von 2,4 Mill. gestanden hat.

In der deutschen Textilindustrie suchten Mitte Mai noch rund 184 000 Personen Beschäftigung gegenüber 202 000 im Februar dieses Jahres. Auch hier ist der Rückgang ganz unzulänglich, er dürfte knapp 2 Proz. aller beschäftigten Textilarbeiter betragen.

Dennoch stärkere Belegung der deutschen Textilindustrie

Die Besserung des Geschäftsganges der deutschen Textilindustrie ist jedoch größer als sich aus den Ziffern der Arbeitssuchenden erkennen läßt. Aus verschiedenen Anzeichen geht hervor, daß angesichts der geräumigen Lager des Fertigwarenhandels die Unsicherheit auf den Rohstoffmärkten ihre unheilvolle Wirkung einzubüßen beginnt. Immer mehr zeigt sich, daß der Fertigwarenhandel seine Vorräte allzu stark hat zusammenschmelzen lassen. Die in verschiedenen Textiltweigen sich mehrenden Aufträge sind fast durchweg kurzfristig und äußerst dringend, so daß in vielen Betrieben ein ruckweises Arbeiten die Regel geworden ist. Im ganzen betrachtet ist seit der Jahreswende in der deutschen Textilindustrie ein stetiger, wenn auch noch langsamer Wiederanstieg der Produktion festzustellen, der sich mit saisonmäßigen Einflüssen allein nicht erklären läßt.

Zunahme der Vollbeschäftigten

Ihren stärksten Ausdruck findet die Wiederbelebung der Textilindustrie in dem Ansteigen der Ziffern der Vollbeschäftigten in fast allen Zweigen der Industrie. Nach der Statistik des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes ist diese Ziffer von 33,6 Proz. der Verbandsmitglieder zu Ende Januar d. J. auf 43,9 Proz. Ende Mai d. J. gestiegen, also um etwa 10 Proz. In entsprechender Weise ist die Prozentzahl der kurzarbeitenden Mitglieder zurückgegangen, nämlich von 43,8 auf 34,3 Proz. (Diese Ziffern verdienen besonderes Interesse vor allem wegen ihrer Veränderung, nicht jedoch wegen ihrer absoluten Höhe, denn es ist wohl zu beachten, daß wegen der besseren Vergleichsmöglichkeit mit früheren Resultaten die Kurzarbeitergrenze von Ausnahmen abgesehen, noch immer bei 48 Stunden liegt. Bei Zugrundelegung der 21-Stunden-Woche als Vollarbeit ergäbe sich also eine viel höhere Prozentzahl der Vollbeschäftigten, dagegen eine bedeutend niedrigere Ziffer der Kurzarbeiter.)

Nur geringe Abnahme der Arbeitslosenziffer

Die Statistik des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes bestätigt ferner das Ergebnis der amtlichen Zählung der Arbeitssuchenden. Die Prozentzahl der im Deutschen Textilarbeiter-Verband organisierten arbeitslosen

Mitglieder ist von 22,6 im Januar d. J. auf lediglich 21,8 Proz. im Mai zurückgegangen, also noch nicht ganz um 1 Proz. der Mitgliedschaft. Daraus geht hervor, daß die Textilunternehmungen — was an sich selbstverständlich ist — zunächst die Arbeitszeiten der Kurzarbeiter heraufsetzen, bevor sie zur Einstellung weiterer Arbeitskräfte schreiten. Scharfen Tadel verdient es allerdings, wenn die Arbeitszeit auch dann noch heraufgesetzt wird, wenn die unter den heutigen Verhältnissen bereits weit gezogene Grenze von 40 Stunden schon erreicht ist. Sogar auch dann noch ist in verschiedenen Fällen die Wochenarbeitszeit verlängert worden, wenn sie bei 48 Stunden und noch höher gelegen hat. So hat z. B. unsere Statistik über die Arbeitszeiten in einer Anzahl repräsentativer Baumwollspinnereien Deutschlands folgendes Ergebnis gehabt: Es arbeiteten

	April	Mai
	Proz. der Beschäftigten	
bis 40 Stunden einschließlich wöchentlich	56,4	47,3
über 40 Stunden bis 48 Stunden wöchentlich	37,2	45,7
über 48 Stunden wöchentlich	6,4	7,0

Von rund 35 000 erfaßten Personen hatten etwa 2400 eine Arbeitszeit von mehr als 48, teilweise sogar von 54 Stunden! Bei weiteren rund 16 000 Personen ging die Arbeitszeit über 40 Stunden hinaus, so daß mehr als die Hälfte der von der Statistik erfaßten Beschäftigten eine Wochenarbeitszeit hatten, die nach dem jetzigen Stande der Technik und des Arbeitsmarktes als zu lang bezeichnet werden muß. Eine gleiche Statistik über eine Anzahl repräsentativer Baumwollwebereien führte zu einem ähnlichen Ergebnis. Es muß alles darangesetzt werden, um im Interesse des gewaltigen Heeres der Arbeitslosen die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden zu verkürzen.

Belegung in Badeartikeln

Auf die Baumwollweberei hat der neuerliche Preissturz der Rohbaumwolle keinen sonderlichen Eindruck gemacht. Entlassungen sind nur in seltenen Fällen erfolgt. Für eine größere Anzahl Betriebe blieb der Geschäftsgang unverändert, für andere ist er sogar noch besser geworden.

Die Besserung der Lage der Baumwollspinnereien tritt aus den Einzelberichten nicht so deutlich hervor. Doch verdient hervorgehoben zu werden, daß hier und da stillgelegte Betriebsteile wieder in Gang gesetzt worden sind.

Weitere Einstellungen in der Niederlausitz

In einzelnen Zweigen der Wollindustrie hat sich der Mai recht gut angelassen. Die Wollwäschereien und -kämmerien haben sehr guten Auftragsbestand, so daß teils Einstellungen erfolgten, teils die ohnehin schon volle Arbeitszeit noch heraufgesetzt wurde. Die Kammgarnspinnereien sind, soweit sie Webgarne herstellen, fast ohne Ausnahme voll beschäftigt. Die Arbeitszeit geht vielfach bis zu 51 Stunden, in Ausnahmefällen noch weiter. Auch in dieser Branche erfolgten Einstellungen, und ein stillgelegter Betrieb wurde wieder eröffnet. Ähnlich ist die Lage der Strickgarnspinnereien. Nur ganz vereinzelt wird verkürzt gearbeitet.

In der Herrenstoffweberei fällt die Belegung auf, die die Niederlausitzer Industrie erfahren hat. Bereits im Vormonat konnten wir über Forst recht Günstiges melden. Jetzt hat sich die Besserung auch auf andere wichtige Städte des Bezirks (Kottbus, Guben, Luckenwalde) ausgedehnt. In anderen Zentren der Tuchweberei ist die Besserung nicht einheitlich.

Der Geschäftslage der Damenstoffwebereien fehlt der einheitliche Zug. Aus Sachsen-Thüringen wie der Niederlausitz kamen Meldungen über Verschlechterung auf der einen Seite, über weitere Besserung der Lage auf der anderen. In Sommerfeld sind nicht nur die Leute wieder eingestellt worden, die man des Feriengeldes halber vor dem 1. Mai entlassen hatte, sondern darüber hinaus sind noch (1) Einstellungen erfolgt und die Sommer-

felder Textilwerke wollen in Zukunft 180 Webstühle dauernd in Doppelschichten laufen lassen.

Gute Beschäftigung der Seidenwebereien . . .

Wie in den Vormonaten, so wurde auch im Mai in fast allen Seidenwebereien voll gearbeitet. Die rheinischen Betriebe können die Aufträge kaum bewältigen. Teils wird mit Ueberstunden gearbeitet (Krefeld mit wenigen Ausnahmen 51 und 53 Stunden), teils versucht man mit Hilfe von Schichtarbeit der Aufträge Herr zu werden. Eine Viersener Firma verlangte von der Belegschaft sogar Dreistuhlbedienung und Arbeit in drei Schichten. Verkürzt gearbeitet wird lediglich in einigen kleineren Betrieben Süddeutschlands.

Die Samtwebereien sind, soweit Meldungen vorliegen, zur Vollarbeit zurückgekehrt. Fast in allen Betrieben wurden außerdem noch Arbeitskräfte eingestellt.

. . . und der Kunstseidenfabriken

Die Kunstseidenfabriken, auch die neuerdings wieder eröffneten Betriebe, sind voll beschäftigt.

Im Kölner Bezirk wollte man für die Schichtarbeit sogar jeden zweiten Sonntag in Anspruch nehmen, was aber den Arbeitern doch zu viel war.

Abnahme der Kurzarbeit, aber Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Leinenindustrie

Günstig klingen die Nachrichten aus einigen Bezirken der Leinenindustrie. Im Landeshuter Bezirk ist die durchschnittliche Wochenarbeitszeit gestiegen, in verschiedenen Teilen des Reiches ergab sich eine Vermehrung der Aufträge vor allem für eine Anzahl Spinnereien, so daß Einstellungen erfolgen konnten. Um so merkwürdiger ist es, daß trotz des Rückganges der Kurzarbeit die Zahl der Arbeitslosen noch etwas gestiegen ist.

Eine ähnliche Bewegung wie in der Juteindustrie zu beobachten. Auch dort Entlassungen auf der einen Seite, aber Ausdehnung der Arbeitszeit auf der anderen.

Aufträge in feinen Wirkwaren

In der Wirkerei sind die mit modernen Maschinen ausgerüsteten Fabriken am besten daran, während die gröberen Waren nach wie vor wenig gefragt werden. Als Uebelstand muß immer wieder vermerkt werden, daß bei vorliegenden Aufträgen rücksichtslos darauflosgearbeitet wird, ganz gleich ob wenige Tage später überhaupt noch Beschäftigung vorhanden ist oder nicht. Auch scheinen die Wirkwarenfabrikanten des Erzgebirges von der Lohnabbaukrankheit immer noch nicht ganz geheilt zu sein.

Die Lage der Strickereien wird im allgemeinen als schlecht bezeichnet. Doch ist charakteristisch, was uns aus Zeulenroda geschrieben wird: „In drei Tagen wird das verlangt, was früher in einer Woche geleistet worden ist.“ Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn trotz hoher Produktion Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nicht weichen wollen.

In der Trikotagenindustrie reicht die Beschäftigung, wenn man von den Aufträgen in Badetrikots absieht, nicht aus. Dagegen hat sich die Lage der Stoffhandschuhindustrie gehalten.

Stickerei schlecht — Druckerei gut

Die diesjährige Frühjahrssaison hat der Konfektionsstickerei im allgemeinen keine Belegung gebracht. Stickereien sind eben gegenwärtig nicht Mode. Auch die übrigen Zweige der Stickerei sind nur unzureichend beschäftigt. Dagegen sind die Stoffdruckereien immer noch von der Mode stark begünstigt, so daß sie zum Teil in Doppelschichten arbeiten.

Kleiderkonfektion zwischen Sommer- und Wintersaison

Sommerware gefragt. — Winterumsatz mengenmäßig erhöht, wertmäßig um 15/20 Prozent gesunken.

Die Firmen der Kleiderkonfektion sind gegenwärtig damit beschäftigt, die laufenden Nachbestellungen für Sommerware innerhalb der verhältnismäßig kurzen Lieferfristen auszuführen und die ersten Aufträge für den Winter entgegenzunehmen. Nach beiden Richtungen hin ist man im großen und ganzen nicht unzufrieden. Besonders für Sommerware besteht trotz der ungewissen Witterung ein reges Interesse, und es ist ganz besonders erfreulich, daß sich die neuerliche Belastung aller Einkommen und Gehälter nicht im Sinne einer weiteren Senkung des Qualitätsniveaus ausgewirkt hat. Es werden in der Hauptsache mittlere Preislagen, d. h. Kleider zwischen 30 und 40 Mk., Complots bis zu 50 und 55 Mk. gefragt. Stapelgenre erweist sich ebenso wenig als gangbar wie ausgesprochene Qualitätsware.

Das Interesse konzentriert sich besonders auf bedruckte kunstseidene Georgette, und zwar im wesentlichen mit kleinen Mustern. Lediglich für jugendliche Kleider werden größere Dessins begehrt. Außerdem gehen noch bedruckte Baumwollvoiles und bedruckte kunstseidene Marocains. Für die Reisezeit erhält die Konfektion im Augenblick zahlreiche kurzfristige Aufträge auf Sportgenre. Kleider aus Wolle, ein Artikel, der eigentlich für den Winter bestimmt ist, sich aber auch zum Strapazieren auf Fahrt und Wanderung sehr wohl eignet. Man verspricht sich wegen der großen Haltbarkeit und Sparsamkeit des Materials einen guten Erfolg davon für die Ferienzeit.

Das eigentliche Wintergeschäft hat erst vor ganz kurzer Zeit begonnen, ermöglicht aber dennoch bereits einen Ueberblick im Vergleich zum Vorjahr. Mengenmäßig hat sich die Quantität der verkauften Ware zweifellos erhöht, während sich dem Werte nach ein Rückgang um etwa 15 bis 20 Proz. bemerkbar macht. Das ist in Anbetracht der gesunkenen Preise durchaus erklärlich, zumal das Qualitätsniveau auch für Winterware auf mittlerer Basis liegt, d. h. es gehen Kleider bis zu 40 Mk.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Samstag, 12. Juli, ist der Beitrag für die 28. Woche fällig

Adressenänderungen

- Gau Affel: Rührba ist aufgelöst.
 Gau Barmen: Gau: Telefon 62 805. Trier: V. Sof. Ensch, Trierweiler Weg 49.
 Gau Stuttgart: Hornberg: Wolf Hohloch ist zu streichen. V. u. K. Emil Knorr, Rebbergstraße.
 Regingen und Urach sind mit Reutlingen verschmolzen, daher zu streichen.
 Gau Siegen: Sillertal: Reimann ist zu streichen. K. u. Geschäftsführer Oswald Heibel, Quirl i. Riefengeb., Pfaffengrund.
 Grünberg i. Schlef.: Büro ab 6. Juli 1931 Berliner Str. 37.
 Gau Dresden.
 Das Büro der Gauleitung befindet sich jetzt im Dresdner Volkshaus, Dresden-A. 1, Schützenplatz 141.
 Ostzig: Bunzel ist zu streichen. Alle Sendungen an den Vorf. Folgner.
 Gau Berlin: Brandenburg: Drescher ist zu streichen. Alle Sendungen an Paul Wolter, Brandenburg-Neufst., Heidestr. 72.
 Sommerfeld: Kurt Schön ist zu streichen. K. u. Geschäftsführer Franz Drescher, Sommerfeld, Stadtgraben 24.

Ausschlüsse

Auf Antrag der Ortsverwaltung Bocholt werden die Mitglieder:

1. Anton Heeters, eingetreten in den Verband am 24. März 1930, Stamm-Nr. 208 726.
2. Franz Trompertz, eingetreten in den Verband am 10. Juni 1927, Stamm-Nr. 69 234.
3. Josef Böning, eingetreten in den Verband am 29. April 1927, Stamm-Nr. 69 107.

wegen Verstoß gegen den § 37 unserer Satzung (Streitbrecherarbeit in Elmshorn verrichtet) mit sofortiger Wirkung aus der Organisation ausgeschlossen.

Der Hauptortstand.



bringt herbei ihr
 Völkerfahren
 Tragt es fort von Mund
 zu Mund:
 Alle müssen Lindcar fahren. —
 Laßt euch nicht die Füße wund.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreffel in Berlin —
 Verlag: Karl Schreiber in Berlin, Remeter Str. 89. —
 Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft
 Singer in Berlin.

BERICHTE AUS FACHKREISEN
KREMPLERINNEN!

Krempelrinnen, euer Los ist, bei Gott, nicht zu beneiden,
Eure Mühsal wirklich groß, ist in Worte kaum zu kleiden.
In des Wortes wahrstem Sinn, seid ihr nichts wie Arbeitsbienen,
Nicht bloß eine, — drei Maschinen habt ihr immer zu bedienen.
Euer Lohn ist so gering, kaum das Leben ist zu fristen —
Krempelrinnen, aber flink schafft ihr für den Kapitalisten.
In dem dumpfen Krempelsaal, wo die Luft ist zum Ersticken,
Wird das Leben euch zur Qual, schufftet ihr euch krumm den Rücken.
Immer schwebend in Gefahr, zu verlieren ein paar Glieder,
Bleicher werdend Jahr um Jahr, drücken euch die Sorgen nieder.
Krempelrinnen, euer Los ist, bei Gott, nicht zu beneiden,
Besser werden kann es bloß, wenn ihr kämpft, statt stumm zu leiden.
Geht hinein in den Verband, werdet alle Streiterinnen,
Und ihr werdet eine Macht, denkt daran, ihr Krempelrinnen! R. S.-H.

Guben

Eine Fahrt ins Land
Am 21. Juni unternahm die Frauengruppe einen Ausflug nach Seedorf. Früh 6.30 Uhr ging die Fahrt mit dem Omnibus los, und kurz vor 8 Uhr waren wir am Ziel unserer Reise angelangt. Wir hatten uns kaum gelagert, da traf die Textilarbeiterjugend ein, die dieselbe Tour per Rad unternommen hatte. Nun entfaltete sich schnell ein reges Leben und Treiben. Im Rund steckte die sportgestaltliche Jugend im Badeanzug, doch auch die Kolleginnen der Frauengruppe folgten sehr schnell diesem Beispiel. Der Himmel sah zwar ein paarmal recht bedenklich trübe aus, als wollte er gleich seine Schleusen öffnen, um uns gehörig einzunehmen; doch Petrus schien ein Herz für Licht, Luft- und sonnenhungrige Textilarbeiter und -arbeiterinnen zu haben und jagte die schwarzen Wolken sehr schnell davon, so daß die liebe Sonne bald recht warm auf uns her niederleuchtete. Frauengruppe und Jugend unternahmen gemeinsam allerlei Spiele, und natürlich wurde auch eifrig dem Badesport gehuldigt. So vergingen die Stunden, und viel zu schnell für uns ging die Sonne zur Rüste, so daß auch wir bald an den Aufbruch denken mußten. Da passierte einem Kollegen noch ein kleines Malheur. Er war mit seinem Sohn noch einmal auf den See hinausgerudert. Da kippte das Boot um und beide tauchten ins Wasser. Nach wie die Regen kamen sie zurück. Sie hatten sich halt einmal den Sport geleistet, im Strahlenanzug zu haben und haben dafür die Heimreise im Badetripot angereizt. Ja, ja: „Wer den Schaden hat...“ Bald darauf kam auch unser Omnibus, und mit Gesang ging es wieder heimwärts. Für die Kinder, die von den Vätern mitgenommen waren, war wohl die Omnibusfahrt genau so schön wie das Baden im See; denn als wir wieder an Ort und Stelle angelangt waren, fandte eine kleine fünfjährige dem Omnibus ein Aufhändchen nach und den Abköchler: „Ach wohl, geliebter Omnibus.“ So wird der Ausflug wohl noch lange für alle Teilnehmer in guter Erinnerung bleiben. Prägen alle Kolleginnen, die daran teilgenommen haben, weiter am Aufbau unserer Frauengruppe und des Textilarbeiter-Verbandes mitarbeiten.
Marta Hoche.

Lichtenstein-Callberg

Delegierten.
Am 20. Juni 1931 fand die Delegierten-Versammlung der Textilarbeiter-Verbandes in Lichtenstein statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung behandelte Kollege Schlimann die Umgehung der Ferienbestimmungen und die Ferienbestimmungen in unserer Filiale. Durch Eingreifen unserer Gewerkschaften ist ein Erfolg in dieser Sache erreicht worden. Ferner behandelte er mehrere Fälle, in denen Arbeitsverhältnisse seitens einiger Firmen nicht eingehalten worden sind. Der 2. Punkt der Tagesordnung betraf die neue Nummerierung der Arbeiter. Die Nummerierung ist von der deutschen Arbeiterkammer zu übernehmen, denn auch die Schweizerkassennummern sind gering. In der Diskussion wurde besonders die Arbeiterunterstützung durch den Gewerkschaften im Falle der Arbeitslosigkeit im Vordergrund zu anderen Hilfsmaßnahmen und anderen Maßnahmen zu diskutieren.
Der 3. Punkt der Tagesordnung betraf die Fortführung der Arbeit der Textilarbeiter des RGO. von dem 1. August 1931 an. Die Fortführung der Arbeit wird durch ein Kommando mit Unterstützung im Streitfall sein.

Aus der
Bautzener Textilindustrie

Scheinstillegung bei der Firma Rönsch & Sö. — Beauftragte der Gewerbeaufsichtsbehörde Bautzen der Situation nicht gewachsen

Die Firma Rönsch und Söhne mit rund 300 Beschäftigten scheint nach unserem Gefühl das Bedürfnis zu haben, sich im Bezirk Söbau der Textilindustrie als ganz besonderen Scharfmacher zu kennzeichnen; sonst wäre das Verhalten in der letzten Zeit nicht zu verstehen. Bei der Firma Rönsch und Söhne in Söbau werden Frottierwaren hergestellt. Der Arbeiterschaft ist bekannt, daß auf Grund der saisonmäßigen Einstellung dieser Branche alljährlich in den Monaten Juli, August, September Saisonumschmung und damit ein Nachlassen der Beschäftigung zu verzeichnen ist. Dieser Vorgang hat nichts zu tun mit der allgemeinen Wirtschaftskrise und den Konjunkturverhältnissen, sondern er ist branchenmäßig bedingt und auch zu Zeiten der Hochkonjunktur wie in den Jahren 1926—1927 war daselbe zu verzeichnen. Im Interesse der einzelnen Betriebe und deren beschäftigten Arbeitnehmer liegt es nun, über die Wochen dieses Stillstandes ohne große Erschütterungen für den Betrieb und ohne unnötige Härten für die Arbeitnehmer hinweg zu kommen. Bei der Firma Rönsch u. Söhne ist es in den letzten drei bis vier Jahren auch immer möglich gewesen, auf Grund einer Betriebsvereinbarung, nach welcher die Firma berechtigt ist, während der Zeit des Saisonüberganges, gestützt auf § 1, Ziff. 2, letzter Absatz, der Stilllegungsverordnung, einen großen Teil der Belegschaft zu entlassen, auf der anderen Seite verpflichtete sich die Firma, die Unterbrechung der Tätigkeit nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses anzusehen und verpflichtete sich weiter, den Betriebsrat sowie alle bisher bei der Firma Beschäftigten nach Lage der eingehenden Arbeitsmöglichkeiten wieder einzustellen, bevor sie fremde Arbeitskräfte heranzog. In diesem Jahr ist dies nicht möglich gewesen. Der Grund liegt darin, daß sich die Arbeiterschaft weigerte, Lohnabnahmemassnahmen der Firma ohne weiteres hinzunehmen. Dem Betriebsratsvorsitzenden aber teilte sie am 6. Juni mit, daß sie einen Stilllegungsantrag gestellt hätte.

Am 12. Juni hat nun eine Besprechung bei der Firma Rönsch u. Söhne stattgefunden. Hierbei hat sich herausgestellt, daß erstens einmal die Firma versuchte, die in Frage kommenden Instanzen über die Verhältnisse des Betriebes, wie Auftragsbestand, Finanzkraft der Firma, eventuelle Möglichkeiten zur Weiterbeschäftigung, vielleicht auch nur eines Teiles der Belegschaft, vollständig im unklaren zu lassen. Festgestellt muß aber auch werden, daß die Beauftragte der Gewerbeaufsichtsbehörde Bauhen, Fr. Hofmann, der Situation sowie den Aufgaben als Vertreterin des Arbeitsministeriums bei weitem nicht gewachsen war! Die Sitzung

Waldkirch

Thema: „Die für Sonntag, den 28. Juni, Rotverord- hatte die hiesige Filiale ihre Funktionäre zu einer Sitzung im Waldhorn zu Oberfallnau zumalmengeufen. Die Gauseitung war durch den Kollegen Bürger vertreten. Als Thema wurde die Rotverordnung mit ihren unsozialen Auswirkungen durch den Kollegen Kahle vorgelesen. Die anschließende Aussprache ergab, daß die Rotverordnung für die Arbeiterschaft in ihrer jetzigen Form untragbar ist und daß die Verhandlung in Verbindung mit dem RGOB. bei der Reichsregierung hinzuwirken hat, daß eine Aenderung unbedingt eintreten muß.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab der Kollege Kahle den Kasienbericht vom 1. Quartal 1931. Aus demselben war ersichtlich, daß die wirtschaftliche Lage auch an der hiesigen Geschäftsstelle nicht spurlos vorübergeht.

Der dritte Punkt „Allgemeine Agitation“ löste eine sehr leidenschaftliche Debatte aus. Kurzarbeit, Schnelldreher und Rotverordnung hemmt die Agitation ungemein. Von sämtlichen Rednern wurde zum Ausdruck gebracht, wie schwer es jetzt ist, neue Mitglieder zu werben und zu gewinnen. Aber trotz alledem wurde von jedem einzelnen zum Ausdruck gebracht, nicht zu erlahmen und alles zu tun, um die Organisation fest und kräftig zu gestalten.

Mit einem Appell an die Funktionäre, ihre ganze Kraft für die Organisation einzusetzen, konnte der Vortragende Schluß der anregende Veranstaltung schließen.

fand statt in einem Raum der Firma Rönsch u. Söhne, der für die 15 Teilnehmer vollständig ungenügend war. Der Kollege Rascher vom Verband, der als Beauftragter der Arbeitnehmer an dieser Sitzung teilnahm, ersuchte Fr. Hofmann vom Gewerbeaufsichtsamt Bauhen doch mindestens dafür Sorge zu tragen, daß die Anwesenden, unter denen sich auch Kriegsbeschädigte befanden, für die Dauer der Verhandlung eine Sitzgelegenheit zur Verfügung gestellt bekämen. Herr Seifert, gestützt durch Herrn Syndikus Korn vom Arbeitgeberverband Zittau,

die wohlgefällig in ihren Sesseln Platz genommen hatten.

erklärte, daß es bei der Firma Rönsch und Söhne so üblich sei, daß die Arbeitnehmer, wenn mit ihnen verhandelt würde, stehen bleiben. Fr. Hofmann von der Gewerbeaufsichtsbehörde Bauhen hielt es nicht für notwendig, als Versammlungsleiterin dafür Sorge zu tragen, daß die anwesenden Teilnehmer jeder einen Sitzplatz bekämen. Im übrigen muß festgestellt werden, daß der eigentliche Leiter der Versammlung der Syndikus Korn vom Arbeitgeberverband war und daß sich Fr. Hofmann durch den brüskten Ton dieses Herrn vollständig einschüchtern ließ. Wenn nun die Teilnehmer oder auch die Beauftragte der Gewerbeaufsichtsbehörde ein Wort sagten, was diesem Herrn nicht paßte, dann brüllte er in schnoddriger Weise hinein: „Das gehört nicht hier her, wenn das so weiter geht, ver-

lassen wir das Total.“ Fr. Hofmann brachte es nicht fertig, von ihrem Recht als Versammlungsleiterin Gebrauch zu machen und diesen Herrn in die ihm gebührende Stellung zurückzuweisen. In der späteren Aussprache verwies dann Fr. Hofmann auf ihre Dienstausweisung, worauf Herr Korn erklärte: „Ihre Dienstausweisung geht mich gar nichts an!“ Fr. Hofmann steckte das wortlos ein. Kollege Rascher stellte den Antrag, den augenblicklichen Auftragsbestand und die Lagerbestände nachzuprüfen. Die Beauftragte der Gewerbeaufsichtsbehörde Fr. Hofmann erklärte darauf, daß sie dazu nicht in der Lage sei, getraute sich auch nicht, an die Firma eine entsprechende Frage zu stellen, trotzdem unseres Wissens auch dies in ihren Dienstausweisungen verzeichnet ist.

Wir vertreten nun den Standpunkt, daß, wenn Fr. Hofmann zu der Arbeit nicht in der Lage ist und auch nicht den Versuch macht, durch etwas Auskunft erlangen oder durch Einschaltung in die Bücherklärung zu bringen, sie ihren Beruf verfehlt hat und am falschen Platz steht. Die Zukunft wird lehren, ob wir mit unserer Behauptung recht behalten, und durch ein eventuell nachfolgendes Gerichtsverfahren muß festgestellt werden, ob es sich hier um eine Stilllegung im Sinne des Gesetzes handelt, oder ob die Firma, wie wir behaupten, diese Maßnahme mit Hilfe der Arbeitgeberorganisation nur durchführt, um die Niederlage vom April dieses Jahres wieder auszuweichen und in schändlicher Weise Hungerlöhne bei der Firma Rönsch u. Söhne zur Durchführung bringen will. Der Kollegenschaft können wir nur den Rat geben, nach wie vor zu ihrer Organisation, dem Deutschen Textilarbeiter-Verband, zu halten. Ueber das Verhalten der Beauftragten der Gewerbeaufsichtsbehörde Bauhen wird in der Zukunft auch noch an anderer Stelle ein Wortchen geredet werden müssen!

RGO., Kapital und Nazis in Einheitsfront

In einer Reihe von Städten und Ortschaften haben in den letzten Wochen Arbeitslosen Demonstrationen stattgefunden, die zu Krawallen überleiteten, teilweise zu Plünderungen und anderen Ausschreitungen. Nach Vorbereitungen und Umständen war nicht nur mit Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und der Polizei zu rechnen, augenfällig lag solches Ergebnis im Rückfall der Arrangure. Es gab eine Anzahl von Verletzten auf beiden Seiten, eine verhältnismäßig große Zahl von Verhafteten; ein Teil davon blieb in Untersuchungshaft, einige sind bereits abgeurteilt worden. Ingesamt wird für die Opfer dieser Aktionen eine erhebliche Zahl von Jahren Freiheitsstrafen herausgesprochen. Das erzeugt natürlich Erbitterung. Besonders dann, wenn noch etwas nachgeholfen wird. Die Mut der Verurteilten, Verprügelten und deren Anhang richtet sich fast ausschließlich gegen die Polizei. So wünscht es das Großunternehmertum und so will es die RPD.

Zwischen der extremsten Reaktion und der „revolutionärsten“ Partei besteht in dieser Hinsicht Uebereinstimmung.

wenn auch aus verschiedenen Motiven, so aber doch mit dem gleichen Resultat: die Opfer und die Betroffenen sind die Proletarier, der Nutznießer der RPD. — mit der RGO.-Taktik, als Veranstalter der erwähnten Arbeitslosendemonstrationen, ist das Unternehmertum.

Angeblich will die RPD. mit den Demonstrationen den Arbeitslosen helfen. Die RPD.-Leitung kann nicht so beschränkt sein, zu glauben, daß mit ihren Sonderaktionen den Arbeitslosen irgendwie geholfen werden könnte. Nein, man ist überzeugt, daß die von den Schlägen der kapitalistischen Krise wirklich am härtesten, am unbarmherzigsten Betroffenen, von der RGO. irreführt, höchstens in noch größeres Elend hineingeschleudert werden. Man kann auch nicht die Hoffnung hegen, daß die RGO.-Strategie eine Situation herbeiführe, woraus Kräfte einer rettenden, siegreichen, stabilen Umwälzung hervorzubrechen könnten, man weiß vielmehr ganz genau, daß nur ein Ruddleimudel kommen könnte, bei welcher Gelegenheit das zerplündernde Proletariat in eine furchtbare, vielleicht sehr blutige Niederlage hineingerissen würde.

Das Unternehmertum drängt fortgesetzt auf weitere Verschärfung der Arbeitsbedingungen; Schiedsprüche und Notverordnungen reduzierten Löhne, Gehälter und Sozialbezüge. Die so bewirkte Einschränkung der Reallohnkraft verschärft die Produktionskrise, die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die Unternehmer widerlegen sich der geforderten Arbeitszeitverkürzung und auch der Arbeitsbeschaffung, verhindern so eine Entlastung des Arbeitsmarktes. Für die Krise in ihrer scharfen Ausprägung machen die Unternehmer die Gewerkschaften verantwortlich. Bei solcher an sich blöden Behauptung leisten ihnen die Nazis und die RPD. Hilfe. Auch hier eine Einheitsfront zwischen RGO., Strategen, Kapital und Faschisten.

Es geht wirklich nicht viel Einsicht dazu, um zu erkennen, daß die RGO. mit ihren Spaltungsabsichten und mit der grotesken Behandlung der Arbeitslosenfrage dem Kapital das Triebwasser auf die Reaktionsmühlen leitet, daß sie die Arbeitslosen betrug, ihnen bewußt vortäuscht, durch ihre Machinationen würde ihnen geholfen, während sie die Position des Unternehmertums stärkt und dazu zahlreiche Arbeitslose und Mittläufer ganz unnötigerweise in Lebensgefahr bringt, und viele ins Gefängnis liefert.

Die sonstigen Leistungen der RGO. für die Arbeitslosen und damit auch für die Gesamtarbeiterschaft sind von der gleichen Qualität. Werden von anderer Seite Anträge zugunsten der Arbeitslosen gestellt, dann schimpft die RGO.-Presse über Betrug, Verrat usw., macht gleichzeitig Reklame mit eigenen, unmöglichen Anträgen, von denen man weiß, daß sie auch nicht die geringste Aussicht auf Verwirklichung haben, schon darum nicht, weil die glorreiche Taktik der Spalter die Position der Arbeiter so schwächt, daß sie oft kaum solche Anträge durchsetzen können, die finanziell und technisch ohne besondere Schwierigkeit zu realisieren wären. Auf diesem Gebiete besorgt die RGO. die Geschäfte der Unternehmer allein. Das Kapital braucht dafür keine eignen Truppen zu mobilisieren.

Die verhängnisvollen Wirkungen der RPD.-RGO.-Taktik sind gar nicht mehr zu verkennen. Die Arbeiterschaft muß sich von den Spaltern schleunigst und gründlich abwenden — durch restlosen Anschluß an die freien Gewerkschaften. W. D.



„Für unsere Jugend“

„Wir wollen zu Land ausfahren . . .“

Arbeiterkinder lernen den Begriff der Solidarität erkennen

250 deutsche Kinder

in Frankreich

In der letzten Nummer der Jugendbeilage konnten wir unseren Lesern bereits einen Einblick in die wichtigste Arbeit der Organisation der Kinderfreunde geben. Wir bringen heute zwei andere Aufsätze, die sich mit der jungen Generation beschäftigen. Der eine erzählt von der Aktion des französischen Gewerkschaftsbundes, während der andere die bereits bekannt gewordene Institution der Kinderrepubliken schildert.

Der französische Gewerkschaftsbund hat im Frühjahr dieses Jahres die Initiative ergriffen, sämtliche wichtigen französischen Linksorganisationen zu einer großen Versöhnungsgeste zusammenzurufen und ihnen vorzuschlagen, die Mittel dafür aufzubringen, 250 Kinder deutscher Arbeitsloser nach Frankreich einzuladen. Obwohl auch Frankreich langsam gegen eine Wirtschaftskrise zu kämpfen hat, wurde dieser Gedanke überall freudig aufgegriffen, so daß man umgehend zur Durchführung der Aktion übergehen konnte. Leon Blum, der Führer der französischen sozialistischen Partei, schrieb in der Pariser Sozialistenzeitung „Populaire“ einen begeisterten Artikel, in dem er darauf hinwies, wie glänzend der Gedanke der Gewerkschaften sei und wie notwendig es ist, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit der deutschen Arbeitslosigkeit allgemein unterstützt werde. Die verschiedensten politisch linksstehenden Vereine und Zeitungen griffen den Gedanken auf und berichteten ausführlich darüber. 150.000 Franken waren zur Ausführung des Projektes durch Spenden aufzubringen, und etwa 100.000 Franken sind bereits gesammelt worden. Mancher französische Arbeiter hat sich etwas vom Lohn abgespart, um es den Kindern deutscher Arbeitsloser zu ermöglichen, nach Frankreich zu kommen.

Der französische Gewerkschaftsbund schloß sich mit den Konsumgenossenschaften in Verbindung. Diese haben zwei eigene Heime für Erholung von Kindern auf der Insel Oléron an der französischen Westküste, und ein weiteres Haus soll im nächsten Jahr in den Bogenen gebaut werden. Nach dem „Maison heureuse“, dem „Glücklichen Haus“, dem schöneren und größeren der beiden Heime, wurden die Kinder eingeladen. Die Auswahl erfolgte in Deutschland meist durch die Schulbehörden. So wurde in Hamburg von 100 Schülern je ein Kind ausgewählt. Jetzt sind hier auf der Insel Oléron 100 Hamburger, 50 Nürnberger, 44 Berliner und 50 Leipziger Kinder, Buben und Mädchen zu gleichen Teilen, im Alter von 12 bis 15 Jahren.

Schon auf der Herfahrt wurden die Kinder vom „Erbfeind“ überall glänzend aufgenommen. In Paris wurde ihnen bei der Durchfahrt gelegentlich eines kurzen Aufenthaltes von einigen Stunden versprochen, daß sie später bei der Rückreise zwei Tage in Paris bleiben dürften, wo man ihnen die Kolonialausstellung zeigen werde und den Eiffelturm, nach dem sie alle gleich suchten. Als die Kinder am Bahnhof in Paris bei der Herfahrt die „Internationale“ sangen, wurde ein Schutzmann, der die Gruppe beaufsichtigen sollte, höchst verlegen und unruhig, da er nicht wußte, ob dieser Gesang für ihn zum Einschreiten Anlaß werden sollte. Leon Jouhaux, der Führer des französischen Gewerkschaftsbundes, der selbst zum Bahnhof gekommen war, beruhigte jedoch den Polizeibeamten: „Das muß Ihnen wirklich gleich sein, daß die deutschen Kinder hier die „Internationale“ singen; denn bald werden Sie sie auch singen.“ Der Schutzmann dachte nach und hielt darauf Ruhe.

Als die Kinder dann die Nacht durch von Paris zur Insel Oléron fuhren, klopfte es nachts um 3 Uhr, als der Zug gerade im Bahnhof des Ortes Soumure stand, an das Fenster des Abteils, in dem deutsche Kinder saßen, und eine Stimme fragte sich in deutscher Sprache mit französischem Akzent zurecht:

„Sind hier die deutschen Kinder?“ Als von innen ein verschlafenes „ja“ antwortete, bekamen die Kinder ein großes Paket mit Süßigkeiten. Man erfuhr später, daß eine französische Lehrerin die Spenderin war, die es sich nicht hatte nehmen lassen, mitten in der Nacht mit Gatten und Sohn an den Bahnhof zu kommen, um auf diese herzliche Weise die Kinder deutscher Arbeitsloser zu begrüßen.

Raum war die Ankunft der kleinen Karawane auf der Insel Oléron bekannt geworden, da sammelte sofort der Lehrer des Ortes Dolus (auf der Insel Oléron) seine Schulkinder um sich, um den deutschen Kindern mit Erbsenkörben und Blumensträußen

Kind ab und brachte es im Auto heim. Der Arzt des Ortes St. Pierre (auf der Insel Oléron), der gleichzeitig dort Bürgermeister ist, mußte kürzlich einmal ein Kind behandeln, das eine Mandelentzündung bekam, aber er verlangte keinerlei Honorar dafür: „Ich tue das gern für die deutschen Kinder.“

So geht es diesen glänzend. Sie haben jeden Tag am Strand des Atlantischen Ozeans und werden von der Sonne ganz braun und schwarz gebrannt, so sehr, daß ich befürchte, manche Eltern werden ihre Kinder nach Ablauf der vier Wochen später kaum wiedererkennen können, so gesund sehen sie dann aus.

Zehn deutsche Lehrer sind der Kinderchar

„FAHRENDE GESELLEN“



Abschied von der Jugendherberge (Aufnahme der Jugendgruppe Werden)

entgegengugehen. Im Ort Bagardville selbst, wo die Kinder jetzt vier Wochen lang verweilen, werden sie ebenfalls allenthalben auf das freundlichste behandelt. Ein Kind hat kürzlich bei der großen Hitze in einem Haus um etwas Wasser. Man gab ihm statt dessen Wein. Ein anderes Kind wurde kürzlich auf der Landstraße von einem Radfahrer mitgenommen, um es in das Heim zurückzubringen, aber schon jagte ein zufällig vorbeikommender Autofahrer dem Radler das

zur Beaufsichtigung beigegeben, und als Postkoffer fungiert eine Elsfässerin, weil dadurch besonders hervorgehoben werden soll, daß das Elfaß ein Mittler zwischen Deutschland und Frankreich sein soll und kein Streitapfel. Der französische Gewerkschaftsbund hat sich durch die Inangriffnahme und durch die ausgezeichnete Durchführung dieser schönen Versöhnungsgeste in den Herzen der jungen Kinder ein dauerndes Denkmal gesetzt. Kurt Benz.

Parole: Alle für alle!

Eröffnung der deutschen Kinderrepubliken

Anfang Juli werden an der Bäder Bucht, in Süddeutschland und in Oesterreich die diesjährigen Zeltlager der sozialistischen Kinderfreunde eröffnet. Nahezu 7000 Kinder des Proletariats im Alter von 10 bis 14 Jahren (Jungfalken und Rote Falken) werden in diesen Zeltrepubliken zusammengeführt. Ihrer ganzen organisatorischen und geistigen Anlage nach könnte man in diesem Aufbau der Zeltrepubliken den Versuch einer Verwirklichung der ersten sozialistisch geführten und gelebten Staaten der Erde sehen. Denn was heute noch ein Traum der erwachsenen Arbeiterklasse ist, wird hier wenigstens für vier freie Ferienwochen Tausenden von Arbeiterkindern ermöglicht. Das Hoffnungsvolle daran ist, daß es ihr Staat ist, den sie sich selbst aufbauen und sich bemühen, aus ihm die glücklichste Form eines Gemeinwesens zu machen, das in den Auszeichnungen: innere und äußere Ordnung, gelebte Freundschaft und Solidarität von jugendlicher und erneuernder Kraft ist. Auch wir begrüßen diese Kinderrepubliken auf das lebendigste und sind stolz auf sie.

Wir sagten, daß mit der Eröffnung der Zeltlager der Versuch gemacht wird (der sich schon die

Jahre hindurch erprobt hat), Sozialismus heute und in dieser Zeit zu verwirklichen. Selbstverständlich hat das in erster Linie mehr symbolischen Charakter, denn der herrschende Kapitalismus wird nicht gleich damit überwunden werden können. Aber die unter Anleitung der ehrenamtlich tätigen erwachsenen Helfer geübte pädagogische und selbststrebende Aufgabe wird hier durch einen sozialen Aktivismus zu lösen unternommen, der beispielhaft wirken kann. Außerhalb seiner Gemeinschaft ist das proletarische Kind ebenso wie die Erwachsenen der berufsmäßigen Brutalität des Kapitalismus der bürgerlichen Gesellschaft ausgeliefert. Täglich begegnet ihnen Elend, Herrschsucht, Krankheit. Innerhalb der sozialistischen Bewegung zeigt sich ebenfalls, daß der soziale Aufbau erst durch die gefinnungsmäßige Verwurzelung und geistige und technische Durchbildung der Baukräfte begonnen werden kann. Technische und praktische Vorbereitungen sind alles und schon ein Garantieschein auf die Zukunft. Man kann den Sozialismus erst verwirklichen, wenn die Menschen, die ihn tragen und erfüllen sollen, dazu bereit und innerlich produktiv gemacht worden sind. Das ist ja auch der Ausgangspunkt aller modernen Arbeiterbildung.

Diese Erziehung zum Sozialismus hat in den Zeltlagerrepubliken der Kinderfreunde ihre Praxis gefunden. Alle für alle ist die Parole.

Sozialistische Schulungs- und Erziehungsarbeit wird von allen sozialistischen Organisationen geleistet. Aber der Unterschied besteht wohl darin, daß diesen Kinderrepubliken die Möglichkeit gegeben wird, auch schon selbstständig dazu beizutragen, daß die Lebensform, die sie sich selbst geschaffen haben, von äußeren Einflüssen im großen und ganzen unberührt bleibt. Das ist im dem Sinne ein Vorzug, als ja ein vierwöchentliches ständiges Zusammenleben zur Lösung der nicht zu umgehenden Probleme und Konflikte zwingt. Daraus kann viel gelernt werden. Erst die Erziehung zur Verantwortung aller für alle, soweit sie kindgemäß ist, hilft das Selbstbewußtsein und den Stolz für das eigene Werk festigen. Ferner müssen sich die Kinderrepubliken auch das Verständnis und die Anteilnahme der Bevölkerung erobern. Sie tun dies durch Leistung. Sie sind sich bewußt, daß ihr Gemeinwesen, wenn es sich durch Sauberkeit, Ordnung, Lebendigkeit auszeichnet, auf Außenstehende und Gegner nicht ohne Wirkung bleiben kann. Ihre Staaten, die mit den technischen Reglements einer lebendigen Demokratie und eines lebendigen Parlamentarismus von ihnen selbst erwartet werden, sollen Zeugnis von der ungeheuren Kraft des sozialistischen Willens geben, Beispiel sein für die sozialkonstruktive Möglichkeit des Sozialismus. Sauberkeit, Verantwortlichkeit, freiwillige Einordnung und fröhliche Hilfsbereitschaft sind im Zusammenspiel aller Kräfte die wesentlichsten Materialien.

Es ist auch unsere Aufgabe, den jüngsten Mitarbeitern der freien Arbeiterbewegung, den Kinderfreunden, Vertrauen und Anteilnahme zu schenken. 600 Ortsgruppen mit 100.000 Kindern, 10.000 ständigen Helfern und 50.000 Mitgliedern in den Erziehungsvereinen sind Beweis einer sozialpädagogischen Kraft, die die organisatorische, agitatorische und geistige Macht der gesamten sozialistischen Arbeiterklasse vermehren hilft. W. G. D.

Jugendarbeit in Schlesien

In Diegnitz fand eine Gaujugendkommissions-Sitzung für den Gau Diegnitz statt, an der auch die Kollegin Kiewierska und für die Gauleitung die Kollegen Frisch und Driehöner teilnahmen. Kollege Böckel konnte über erfreuliche Fortschritte der Arbeit berichten und das Bestehen einer strengen Organisation feststellen. Besonders betont wurde der Erfolg des Reichsjugendtreffens in Stuttgart. Die Berichte aus den einzelnen Orten zeigten, mit wieviel Liebe und Begeisterung allerorten gearbeitet wurde. Für die nächste Zeit wurde ein Wandertreffen für die schlesischen Gruppen verabredet. Genaueres steht zur Zeit noch nicht fest.

Der junge Schiffer

Dort blüht ein Schiff die Segel,
frisch saust hinein der Wind!
Der Anker wird gelichtet,
das Steuer flugs gerichtet,
nun flieg's hinaus geschwind.

Ein kühner Wasservogel
kreist grüßend um den Mast,
die Sonne brennt herunter,
manch Fischlein, blank und munter,
umgaulelt kek den Gast.

Wär gern hineingesprungen,
da draußen ist mein Reich!
Ich bin ja jung von Jahren,
da ist's mir nur ums Fahren,
wohin? das gilt mir gleich!

Friedrich Hebbel

„ . . . Ich glaube nicht, daß der Alkohol Stimmung macht, ich glaube nicht, daß die Stimmung, die er macht, ich glaube überhaupt nicht sehr an Stimmung. Was man so nennt, scheint mir etwas ziemlich dilettantisches zu sein, was mit wirklichem Schöpfergeist wenig zu tun hat. Ein Zustand, in dem die Hemmungen ausgeschaltet, die Selbstkritik betäubt, die gute künstlerische Haltung in Frage gestellt wäre, ein unbesonnener und hektischer Zustand scheinbaren Allvermögens und trägerischer Leichtigkeit wäre mir höchst verdächtig. Wer ihm traut, wer sich wohl darin fühlt, ist kein Künstler nach meinem Sinne. Stimmung ist nicht Betrunkenheit. Stimmung ist Ausschlafenheit, Frische, tägliche Arbeit, Spazierengehen, reine Luft, wenig Menschen, gute Bücher, Friede, Friede . . .“

Thomas Mann

